



Argumentationshilfe zum Sparpaket der Bundesregierung

„Die Grundpfeiler unserer Zukunft stärken.“

vom 7. Juni 2010

1. Sparen. Reformieren. Wachstum schaffen.
2. Was bedeutet das Sparpaket für einzelne Bevölkerungsgruppen
3. Das Sparpaket im Spiegel von Medien, Verbänden und Wissenschaftlern

Sparen. Reformieren. Wachstum schaffen.

„Es muss beim Staatshaushalt so sein, wie bei einem privaten Haushalt: Wenn man mit dem, was man hat, nicht mehr auskommt, dann muss man die Ausgaben kürzen. Haushalte kann man nicht beliebig durch Einnahmesteigerungen konsolidieren, sondern nur durch Ausgabenkürzungen. Es ist in den letzten Jahren viel zu oft danach geschaut worden: Wie kann man sich mit welcher Ausgabe wo am meisten beliebt machen. Jetzt geht es darum, dass diese Ausgaben gekürzt werden, damit wir für alle wieder solide Staatsfinanzen haben.“
Guido Westerwelle am 6. Juni 2010

Die Bundesregierung hat ein echtes Sparpaket vorgelegt. Es setzt bei den Ausgaben an und kommt ohne Erhöhungen bei der Mehrwertsteuer, der Einkommensteuer oder beim Solidaritätszuschlag aus. Die FDP hat durchgesetzt, dass sich die Politik selbst einer Spardisziplin unterwirft. Die von allen anderen Parteien geforderten Steuererhöhungen würden das Wirtschaftswachstum gefährden.

Bis 2014 soll der Haushalt des Bundes so um insgesamt mehr als 80 Milliarden Euro weniger Schulden machen. Damit hat die christlich-liberale Koalition das größte Sanierungspaket der Nachkriegsgeschichte geschnürt.

Der Bundeshaushalt 2011 und der Finanzplan bis zum Jahr 2014 untermauern den Willen, die Staatsfinanzen solide zu ordnen: Deutschland wird sein strukturelles Defizit ab 2011 um 0,5 Prozent pro Jahr zurückführen. Spätestens im Jahr 2013 wird Deutschland damit die Kriterien des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes wieder erfüllen. So erfüllt die Bundesregierung die Vorgaben der Schuldenbremse im Grundgesetz. Mit dieser soliden Haushaltspolitik werden Freiräume für wichtige Zukunftsaufgaben geschaffen. Durch ihre nachhaltige Finanzpolitik trägt die Bundesregierung dazu bei, die Stabilität des Euros zu sichern.

Das Sparpaket stärkt die Grundpfeiler unserer Zukunft. Es ist ein wichtiger Meilenstein auf dem Weg zum gesunden Staat. Es verbindet den Einstieg in den Subventionsabbau, die Verschlinkung der Verwaltung, die Beteiligung der Finanzbranche an der Krisenbewältigung mit der Stabilisierung des Sozialstaats. Das Sparpaket ist ausgewogen, fair und gerecht. Seine soziale Balance stimmt. Das Niveau der sozialen Sicherung in Deutschland liegt trotz der notwendigen Sparanstrengungen über dem der rot-grünen Regierungszeit. Lediglich einige Standards, die von der großen Koalition beschlossen wurden, erweisen sich heute als strukturell nicht finanzierbar und müssen zurückgeführt werden. Obwohl das Bundesministerium für Arbeit und Soziales etwa die Hälfte des Bundeshaushalts verwaltet trägt es nur etwas mehr als ein Drittel des Sparvolumens.

Im Jahr 2011 trägt die Wirtschaft fünf Milliarden Euro zur Haushaltskonsolidierung bei, fünf Milliarden werden bei Sozialleistungen gespart und drei Milliarden bei der öffentlichen Verwaltung. Dies ist eine kluge Lastenverteilung und sozial gerecht.

Mehr noch: Die Bundesregierung hält an ihrem Ziel fest, bis 2013 zusätzlich 12 Milliarden Euro für Forschung, Bildung und Entwicklung aufzubringen – trotz der Sparanstrengungen. Gut ausgebildete Mitarbeiter sind das Rückgrat unserer Betriebe. Forschung und Entwicklung führen zu neuen Arbeitsplätzen und sichern so den Wohlstand der Menschen in Deutschland.

Nach der Bewältigung der Finanz- und Währungskrise schafft der eingeschlagene Kurs die Voraussetzung für eine Entlastung der Bevölkerung. Wir sparen für kommende Generationen. Die Schulden von heute sind die Steuern von morgen. Wenn wir heute Schulden vermeiden, erhalten wir Handlungsspielräume für kommende Generationen.

Das Sparpaket im Einzelnen:

Öffentliche Verwaltung

Im öffentlichen Dienst des Bundes sollen bis 2014 15.000 Stellen wegfallen. Der Bund verzichtet auf die geplante Erhöhung des Weihnachtsgeldes für Beamte und verzichtet auf Gehaltserhöhungen bei Ministern und Staatssekretären.

Arbeitsvermittlung

Die Jobvermittlung soll effektiver gestaltet werden. Pflichtleistungen der Arbeitsagenturen, wie z.B. Umschulungen oder Weiterbildungen, werden in Ermessensleistungen umgewandelt. Niemand soll mehr in einer Warteschleife von Umschulungsmaßnahmen geparkt werden. Der befristete Zuschlag beim Übergang von Arbeitslosengeld I zu Hartz IV entfällt. Das setzt Anreize zur Arbeitsaufnahme.

ALG-II-Empfänger

Das Elterngeld für Hartz-IV-Empfänger entfällt. Das Elterngeld soll die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern. Dieses Problem stellt sich bei Menschen, die keinen Beruf ausüben, nicht. Die Leistungen des Arbeitslosengeldes II sollen den kompletten Bedarf decken. Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes wird es zu einer Neuberechnung der Hartz IV-Regelsätze kommen, die auch dem Bedarf von Kindern in besonderer Weise Rechnung tragen wird.

Bundeswehr

Im Rahmen der Streitkräftereform sollen bis zu 40.000 Stellen für Berufs- und Zeitsoldaten entfallen. Mit der Anpassung der Strukturen der Bundeswehr an die Herausforderungen der Gegenwart wird auch die von der FDP seit langem geforderte Aussetzung der Wehrpflicht, wieder aktuell. Das eröffnet weitere Einsparpotentiale etwa durch den Wegfall der Wehrerfassung.

Eltern

Das Elterngeld (12 bis 14 Monate nach einer Geburt) wird gekürzt. Künftig gibt es nur noch 65 statt bisher 67 Prozent des bisherigen Gehalts. Die Obergrenze von max. 1.800 Euro bleibt bestehen.

Finanzsektor

Neben der Bankenabgabe soll 2012 eine Finanzmarktsteuer eingeführt werden. Bei Insolvenzen hat der Bund mit seinen Steueransprüchen gegenüber Schuldner Vorrang vor Banken.

Industrie

Subventionen und Ausnahmeregelungen für energieintensive Unternehmen werden auf ihre Wirksamkeit und Erfordernis hin überprüft, um Missbrauch und Mitnahmeeffekte zu verhindern. Die zusätzlichen Renditen aus der Verlängerung der Laufzeiten von Kernkraftwerken werden zu einem Teil dem Bundeshaushalt zufließen.

Verbraucher

Die ökologische Luftverkehrsabgabe macht jede Flugreise um maximal 15 Euro teurer – differenziert nach dem Preis, Treibstoffverbrauch und Lärmemission.

Das Sparpaket im Spiegel von Presse, Verbänden und Wirtschaftsexperten:

Der Schwerpunkt der Maßnahmen liegt auf der Ausgabenseite des Haushalts. Langzeitarbeitslose, Beamte und Eltern werden die Folgen spüren. Doch wie finanzwissenschaftliche Untersuchungen zeigen, belastet eine solche Strategie weniger das zu erwartende Wachstum der Wirtschaft. Die FDP hat sich erfolgreich gegen eine Erhöhung der Einkommensteuer für Gutverdiener gewehrt. – **Frankfurter Allgemeine Zeitung**

Die Reaktionen der Opposition (und der Gewerkschaften) auf das Sparpaket, noch bevor Einzelheiten überhaupt ausgehandelt und bekannt sind, entspricht dem Pawlowschen Reflex. Darüber muss sich die Regierung angesichts wachsender Einsicht in der Bevölkerung vorerst keine Sorgen machen, zumal wenn sie zeigen kann, dass nicht nur an den „kleinen Leuten“ gespart wird, sondern auch die Wirtschaft ihren Teil beiträgt. – **Frankfurter Allgemein Zeitung**

<http://www.faz.net/s/Rub7FC5BF30C45B402F96E964EF8CE790E1/Doc~E85062D6E61EF49DD8C429C1C86E98146~ATpl~Ecommon~Scontent.html>

Die zweite gute Nachricht lautet, dass das Paket rein vom Volumen her den Anforderungen genügt. Das gigantische Haushaltsdefizit des Bundes wird damit in den kommenden Jahren Schritt für Schritt auf ein erträgliches Maß schrumpfen, die Vorgaben des Grundgesetzes und des EU-Stabilitätspakts werden – zumindest auf dem Papier – erfüllt. Auch ist es Union und FDP gelungen, in Tabuzonen einzubrechen, zum Beispiel bei der Ökosteuern. – **Süddeutsche Zeitung** <http://www.sueddeutsche.de/politik/sparpaket-der-regierung-koalition-ohne-idee-1.955086>

Allerdings spart die Regierung Merkel/Westerwelle anders als das Regierungsduo Merkel/Müntefering. Der wesentliche Unterschied: CDU, CSU und FDP kürzen stärker die Ausgaben. Nur 7,8 Mrd. Euro sollen der Abbau von Steuersubventionen und höhere Abgaben von Unternehmen bringen. Den Rest wollen Merkel, Westerwelle und Schäuble durch Änderungen an Arbeitsmarktgesetzen und weniger Elterngeld erreichen. – **Handelsblatt** <http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/spar-historie-schwarz-gelb-spart-so-viel-wie-schwarz-rot;2596590>

Die Summe, die am Ende der Sparstrecke, im Jahr 2014, tatsächlich weniger ausgegeben wird als bisher geplant, liegt bei 32,5 Mrd. Euro. Das ist eher ein Elefantenbaby, mit dem die Vorgaben der Schuldenbremse gerade so erreicht werden. Und das ist gut so. Denn dieses Paket hat den enormen Vorteil, dass es das gerade wieder anspringende Wachstum voraussichtlich nicht abwürgen wird. Gerade wenn die südeuropäischen Staaten mit brachialer Gewalt ihre Haushalte sanieren, ist es umso wichtiger, dass Deutschland als größte europäische Volkswirtschaft die Konjunktur am Laufen hält. Das nützt auch dem Euro, also jener Sorgenwährung, auf die Merkels hochfliegende Rhetorik bei der Vorstellung des Pakets zielte. Denn die Finanzmärkte blicken derzeit zwar einerseits sehr genau darauf, ob die Euro-Staaten ihre Haushalte sanieren. Genauso nervös sind sie aber, wenn es Anzeichen dafür gibt,

dass der Sparkurs die Wirtschaftserholung bedroht. – **Financial Times**
<http://www.ftd.de/politik/deutschland/:sarpaket-das-mini-mammutprogramm/50123872.html>

Dass hier teils lang gehegte Forderungen der Umweltverbände in Erfüllung gehen, liegt paradoxerweise an der FDP. Weil sie sich gegen eine höhere Einkommen- oder Mehrwertsteuer sträubte, verfiel die Koalition auf die Ökologie. – **Die Tageszeitung**
<http://www.taz.de/1/politik/deutschland/artikel/1/regierung-spart-sich-schoen/>

Ansonsten allerdings sieht die Sache gar nicht so übel aus. Europa ist überschuldet. Die Briten stimmen ihr Volk auf „Jahrzehnte des Leidens“ ein, wollen gar die Mehrwertsteuer anheben. Nicht nur Griechen schneiden tiefe Furchen in ihren Sozialstaat hinein. Und die Deutschen? Sie kappen ihre Staatsausgaben bis 2014 um sage und schreibe 80 Milliarden Euro. Das ist, man muss sich das vorstellen, in etwa so, als würde man den ganzen Freistaat Bayern lahmlegen – zwei Jahre lang. Und so eine Operation funktioniert offenbar, ohne die Renten zu ruinieren, die Sozialversicherungsbeiträge anzuheben oder die Umsatzsteuer noch einmal hochzuschrauben. Man traut sich ja nur, es ganz leise zu sagen. Aber so richtig schlecht kann's uns bisher nicht gegangen sein.

Bei Lichte besehen haben Merkel, Westerwelle und Co. in den vergangenen Tagen genau das getan, wofür sie im Herbst gewählt worden waren. Sie haben ein bisschen mehr bei den Sozialausgaben gestrichen, als dass man das Paket sozial ausgewogen nennen kann. Sie haben ein bisschen zu wenig bei den Subventionen für Industrie, Wirtschaft und Gutbetuchte zugelangt, als dass man ihnen den Mut zu Strukturveränderungen attestieren kann. Und sie haben der Allgemeinheit keine größeren Lasten auferlegt. Mutig ist das alles nicht. Aber nach sechs Monaten Nichtstun hat das Land eine Regierung gesehen, die die Schuldenbremse im Grundgesetz einhalten will, ohne an der Steuerschraube zu drehen, die Bildungsausgaben zusammenzustreichen oder einen Generalstreik zu provozieren. Und das ist ja schon mal was in Zeiten wie diesen. – **Der Tagesspiegel** <http://www.tagesspiegel.de/meinung/agenda-2014/1853752.html>

Berlin - Der Sparkurs der Regierung wird das Wachstum vermutlich nicht abwürgen. Der Umfang der Einsparungen von elf Milliarden Euro für 2011 sei zu gering, um der Konjunktur zu schaden, sagten Ökonomen am Montag dieser Zeitung. Mittelfristig könne die Konsolidierung sogar positiv wirken, da sie für Vertrauen der Bürger und der Finanzmärkte Sorge.

„Das Sparvolumen ist nicht groß genug, um das Wachstum spürbar zu bremsen“, sagte Ulrich Blum, Präsident des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH), dieser Zeitung. „Viel wichtiger ist eine gute Psychologie, die Regierung muss versuchen, mit dem Sparen ein Aufbruchsignal bei den Bürgern zu verbinden.“ Wo der Staat spare, müsse er Spielräume für Investitionen der Privatwirtschaft eröffnen, etwa im Verkehrsbereich oder bei Hochschulen und Bildung.

Mittelfristig könne das Paket der Konjunktur nutzen, weil die Regierung auf Steuererhöhungen verzichte, sagte Alexander Koch, Deutschland-Experte bei der Hypo-Vereinsbank (HVB). Der Ökonom verwies auf Studien, denen zufolge die Haushaltssanierung über Ausgabenkürzungen in der Regel erfolgreicher ist als über Steuererhöhungen. „Der

große Teil der Bevölkerung wollte einen Sparkurs – daher könnten die Beschlüsse nun Vertrauen schaffen“, sagte Koch. Unsicher sei allein, wie sehr die Kürzungen im Sozialbereich und bei den Beamten die Binnennachfrage senkten. – **Der Tagesspiegel**
<http://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/die-konjunktur-haelt-das-aus/1853624.html>

Bundesfamilienministerin Kristina Schröder äußerte sich ähnlich. "Bei Familien wird nicht übermäßig gespart", sagte die CDU-Politikerin. Bei dem Sparbeitrag aus dem Bereich Familie handle es sich um eine einmalige Maßnahme. Zudem werde das Kindergeld für Familien nicht angetastet.

Auch Kanzleramtsminister Ronald Pofalla (CDU) nannte den Finanzplan "sozial ausgewogen" gegenüber der jungen Generation. Pofalla wies Warnungen zurück, die Maßnahmen zur Konsolidierung des Haushalts könnten das Wachstum gefährden. Stattdessen werde nun das Fundament geschaffen, "damit wir gestärkt aus der Krise hervorgehen", sagte Pofalla der "Rheinischen Post". – **Spiegel**
<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,699404,00.html>

Der Hauptgeschäftsführer des Städte- und Gemeindebundes, Gerd Landsberg, sagte dagegen : « Bei einer Gesamtverschuldung von 1,7 Billionen Euro von Bund, Ländern und Gemeinden müssen wir endlich den Weg aus dem Schuldensumpf finden. Das geht nicht ohne Einschnitte auch im Sozialbereich. »

Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) sieht in dem Sparpaket einige positive Ansätze für den Umweltschutz.

Bei europäischen Partnerländern stößt das Sparpaket auf ein positives Echo. Der luxemburgische Ministerpräsident und Eurogruppen-Vorsitzende Jean-Claude Juncker begrüßte die geplanten Milliarden-Einsparungen gestern am Rande des Finanzministertreffens in Luxemburg. « Ich bin sehr dafür, dass es auch in Deutschland einen Ruck in Richtung Konsolidierung der öffentlichen Finanzen gibt. – **Les Dernières Nouvelles d'Alsace**
http://www.dna.fr/bilingue/20100608_DNA007833.html

Jean-Claude Juncker, Luxemburgs Ministerpräsident und Chef der Euro-Staaten: "Ein Ruck zur Konsolidierung" - **Spiegel** <http://www.spiegel.de/fotostrecke/fotostrecke-55665-5.html>

Die deutsche Sozialministerin Ursula von der Leyen (CDU) hat das von Opposition und Gewerkschaften als sozial ungerecht kritisierte Milliarden-Sparpaket der Regierung verteidigt. "Die Hälfte des Bundeshaushaltes liegt im Arbeits- und Sozialministerium. Wenn wir dann nur ein Drittel der Sparmaßnahmen beitragen müssen, reicht das schon, dass hier auf die soziale Balance geachtet worden ist", sagte von der Leyen am Dienstag dem "Deutschlandradio Kultur". Ihr sei es vorrangig wichtig gewesen, diejenigen zu schützen, die "im Augenblick an ihrer Lebenssituation nichts mehr ändern können". Dazu gehörten Pensionisten. An der Rente werde nicht gerührt. – **Der Standard, Österreich**
<http://derstandard.at/1271378395704/Deutsches-Sparpaket-Von-der-Leyen-verteidigt-Einsparungen-Auf-soziale-Balance-geachtet>

Nach Ansicht von Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble wird das Sparpaket Deutschland wieder auf den Kurs des europäischen Stabilitätspakts bringen. "Wir haben ein Ergebnis, mit dem wir die Schuldenbremse für diese Legislaturperiode voll erfüllen können", sagte Schäuble am Rande eines Treffens der Euro-Finanzminister in Luxemburg. Auch in punkto soziale Ausgewogenheit habe die schwarz-gelbe Koalition eine "sehr vernünftige Balance" gefunden.

Dem pflichtete der Chef des Münchner Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung, Hans-Werner Sinn, bei. "Es ist nach meinem Eindruck ausgewogen", sagte er der "Rheinischen Post". "Geld, das man nicht hat, kann man nicht ausgeben." Die Konjunktur werde durch das Sparpaket kaum beeinträchtigt. Sinn sagte weiter: "Wir sind heute in einem starken Konjunkturaufschwung, in dem man Konsolidierung am ehesten verkraften kann." – **Spiegel**
<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,699311,00.html>

Der Hauptgeschäftsführer des Städte- und Gemeindebundes, Gerd Landsberg, sagte dagegen: "Bei einer Gesamtverschuldung von 1,7 Billionen Euro von Bund, Ländern und Gemeinden müssen wir endlich den Weg aus dem Schuldensumpf finden. Das geht nicht ohne Einschnitte auch im Sozialbereich."

"Es ist ein ehrgeiziges Programm" - Auch der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) sieht in dem Sparpaket einige positive Ansätze für den Umweltschutz. Als Beispiel nannten der BUND die Einführung einer ökologischen Luftverkehrsabgabe im Flugverkehr und einer Brennelementesteuer. Dagegen sprach die Lufthansa von einem "schwarzen Tag für den Luftverkehrsstandort Deutschland".

Ökonomen reagierten verhalten optimistisch auf die Regierungspläne. "Es ist ein ehrgeiziges Programm, das nicht auf Steuererhöhungen, sondern im Wesentlichen auf Einsparungen setzt", sagte Uwe Angenendt, Chefsvolkswirt der BHF-Bank. Es treffe letztlich viele Branchen und Bevölkerungsgruppen. "Das liegt aber in der Natur der Sache: Wenn man spart, muss es irgendwo ankommen - auch im Sozialbereich."

Andreas Rees, Deutschland-Chefvolkswirt von Unicredit, sagte: "Es ist erfreulich, dass man auf Steuererhöhungen auf breiter Front verzichtet hat. Das wäre der falsche Weg gewesen, denn Konsolidierung primär über die Einnahmeseite funktioniert nicht. Ich hätte mir mehr mutigen Subventionsabbau gewünscht, da bin ich ein bisschen enttäuscht." – **Spiegel**
<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,699276,00.html>

Ein großer Wurf ist all das nicht, aber ein Neuanfang in jedem Fall. Denn die Sparvorhaben erbringen zumindest den Beleg einer Handlungsfähigkeit, die man der Bundesregierung zuletzt kaum noch zugetraut hatte. – **Hamburger Abendblatt**
<http://www.abendblatt.de/meinung/article1523535/Und-sie-regieren-doch.html>

"Solide Finanzen" soll das neue gemeinsame Projekt von Union und FDP heißen. Grundsätzlich klingt das nicht unsympathisch. Die Konsolidierung der maroden Staatsfinanzen würde eine Mehrheit der Bevölkerung wohl unterstützen - wenn ihnen das Vorhaben glaubwürdig und die Belastungen gerecht verteilt erscheinen.

Zwar greift der Vorwurf von SPD und Gewerkschaften, es werde nur bei denen gespart, die sich nicht wehren können, zu kurz. Immerhin trifft die Kürzung des Elterngelds nicht die Arbeitslosen, sondern die besser verdienende Mittelschicht, und den Abbau von Subventionen bei der Ökosteuer wird die Wirtschaft zu spüren bekommen.

- Frankfurter Rundschau http://www.fr-online.de/in_und_ausland/politik/meinung/2729212_Leitartikel-Koalition-ohne-Kredit.html

Die negativen Effekte des Sparpakets auf das Wachstum seien "eher gering", meint Michael Hüther, Direktor des arbeitgebernahen Instituts der deutschen Wirtschaft (IW). Warum? Weil die Bundesregierung keine Steuern im großen Stil erhöht habe. Das hätte dem Wachstum am meisten geschadet, sagte Hüther der Frankfurter Rundschau. Das Paket sei sehr kleinteilig - doch genau das habe gesamtwirtschaftlich eine gewisse Ratio. So werde das Elterngeld für Berufstätige nur moderat gesenkt, was viele vermutlich gut verkraften können.

- Frankfurter Rundschau http://www.fr-online.de/in_und_ausland/politik/aktuell/2729385_Mutlos-belastend-verkraftbar-Urteile-ueber-das-Sparpaket.html

Geht doch. Zum eigentlich ersten Mal in acht Monaten macht Schwarz-Gelb entschlossen einen Punkt. Das Milliarden-Sparprogramm hat Hand und Fuß. Es räumt Arbeitsmarkt-Programme ab, die zu streichen niemandem wirklich schadet. Es kürzt Zusatz-Leistungen bei jenen Gruppen, die in den letzten fünf Jahren oft zu den Gewinnern zählten. Es bittet Beamte zur Kasse, weil sie trotz Krise einen sicheren Job haben. Und auch wenn manch weitere Einsparung oder Einnahme vorerst nur auf dem Papier steht – die Richtung stimmt: Der Staat nimmt sich zurück, weil er sich nicht mehr leisten will, was nur auf Pump zu finanzieren ist. Jeder Privatmensch würde mit den eigenen Finanzen dasselbe machen. Darum ist das Programm auch nicht herzlos, wie die Opposition ruft. Nein. Spät genug haben sich Union und FDP ein Herz genommen. Dafür sind sie mit Mehrheit gewählt worden. - **Bild** <http://www.bild.de/BILD/news/standards/kommentar/2010/06/08/kommentar-von-nikolaus-blome.html>

Der Hauptgeschäftsführer des Städte- und Gemeindebundes, Gerd Landsberg, sagte dagegen: „Bei einer Gesamtverschuldung von 1,7 Billionen Euro von Bund, Ländern und Gemeinden müssen wir endlich den Weg aus dem Schuldensumpf finden. Das geht nicht ohne Einschnitte auch im Sozialbereich.“ Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) sieht in dem Sparpaket einige positive Ansätze für den Umweltschutz. - **Bild** <http://www.bild.de/BILD/politik/2010/06/08/sparen-klausurtagung-angela-merkel-bundesregierung/hg-sparhammer-frieden/so-kritisiert-die-opposition.html>